

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Wiedemann & Neumann  
Hauptstadt-Dresden Nr. 1041  
Hauptstadt-Dresden Nr. 1041  
Hauptstadt-Dresden Nr. 1041

Bezugspreise bei monatlicher Lieferung monatlich 3.30 RM. (einzelheftlich 10 Wg. 100 Wg. 100 Wg.)  
Bezugspreise bei halbjährlicher Lieferung halbjährlich 16.50 RM. (einzelheftlich 10 Wg. 100 Wg. 100 Wg.)  
Bezugspreise bei jährlicher Lieferung jährlich 33.00 RM. (einzelheftlich 10 Wg. 100 Wg. 100 Wg.)

Druck u. Verlag: Wiedemann & Neumann  
Hauptstadt-Dresden Nr. 1041  
Hauptstadt-Dresden Nr. 1041  
Hauptstadt-Dresden Nr. 1041

## Die Finanzschwierigkeiten der Gemeinden

### Durchführung des Gereké-Plans gefordert

Berlin, 1. Nov. Von dem Verband der preussischen Landgemeinden wird mitgeteilt: „Ein Berliner Mittagsblatt verbreitet eine Meldung über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden (Gereké-Plan). Demgegenüber ist festzustellen, daß die Landgemeinden nicht den Gereké-Plan abgelehnt haben,

sondern den mehrfach in der Presse erörterten Referentenentwurf der Reichsregierung für ein kommunales Arbeitsbeschaffungsprogramm,

weil dieser Referentenentwurf im Gegensatz zum Gereké-Plan den Gemeinden untragbare Belastungen auferlegen würde. Wenn die Verhandlungen über die Erweiterung der Arbeitsbeschaffung jetzt ins Stocken geraten sind, so liegt das in der Hauptsache an dem praktisch undurchführbaren Referentenentwurf der Reichsregierung und nicht an dem Gereké-Plan, der einmütig von allen Landgemeinden und den Organisationen, die sich ihnen angeschlossen haben, sowie von Dr. Gereké selbst, mit aller Entschiedenheit weiter vertreten wird. Dem Landgemeinerverband gehen im übrigen täglich Entschuldigungen von Landgemeinervertretern aus dem ganzen Reich zu, in denen dringend die beschleunigte Durchführung seines Programmes gefordert wird.

#### Das Kabinett Braun tagt

Berlin, 1. Nov. Das Kabinett Braun wird am Mittwoch um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten.

am zu der Ernennung von kommissarischen Ministern Stellung zu nehmen. Zugleich soll auch das Wort gehen im Reichsrat bzw. in den Reichsratsausschüssen beraten werden.

### Doesch und Köster bei Hindenburg

Berlin, 1. November. Der Reichspräsident empfing am Dienstag den neuernannten deutschen Volskaster in London, Dr. v. Doesch, den neuernannten Volskaster in Paris, Roland Köster, sowie den deutschen Gesandten in Stockholm, Dr. v. Rosenberga.

### v. Schuberts Abschied von Rom

Rom, 1. Nov. In Ehren des scheidenden Volskasters Dr. v. Schubert und seiner Gemahlin, die heute abend Rom verlassen haben, waren zahlreiche Mitglieder des Diplomatischen Korps und der deutschen Kolonie am Tage erschienen. Der Gouverneur von Rom hatte ebenfalls einen Vertreter entsandt. Frau v. Schubert wurde zum Abschied eine reichliche Zahl prachtvoller Blumenbinden überreicht.

### Scheimerat Kagenberner zur Disposition gestellt

Berlin, 1. Nov. Wie wir erfahren, ist der Vortragende Legationsrat, Dr. Kagenberga, zur Disposition gestellt worden. Scheimerat Kagenberga, der mehrere Jahre lang das Inlandreferat der Presseabteilung der Reichsregierung geleitet hat, war bereits seit einigen Monaten beurlaubt und ist während dieser Zeit für Sonderaufgaben des Auswärtigen Amtes verwandt worden.

### Milizsystem für Deutschland?

Auch in diesem Wahlkampf kann man wieder die Beobachtung machen, daß die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes häufig von den gewöhnlichen innerpolitischen Streitfragen in Anspruch genommen wird. Die großen außenpolitischen Forderungen Deutschlands, die in dem Verlangen nach Gleichberechtigung und Wehrhoheit gipfeln und die zur Abkehr Deutschlands von dem Genfer Abrüstungsabkommen geführt haben, treten dagegen leider ganz in den Hintergrund. Und doch sind sie für unsere nationale Zukunft von größter Wichtigkeit, als alle innerpolitischen Tagesfragen zusammen genommen, um die jetzt mit kaum mehr zu überbietender Leidenschaftlichkeit die Auseinandersetzungen der Parteien geführt werden. Denn alle Innenpolitik ist nutzlos, wenn Deutschland weiterhin wehrlos jedem geographischen Randüberfall preisgegeben ist. Namentlich die ständige Bedrohung der abgegrenzten Provinz Ostpreußen durch Polen sollte Anlaß zur größten Sorge für jeden deutschen Staatsmann, ja für jeden deutschen Wähler sein. Das gilt um so mehr, als gerade in diesen Tagen der französische Ministerpräsident Herriot mit einem neuen Plan zur Regelung der europäischen Mächte an die Öffentlichkeit getreten ist, der unsere gespannteste Aufmerksamkeit erheischt.

Zunächst darf man mit Freunden feststellen, daß der deutsche Beschluß, nicht mehr an der Genfer Abrüstungskonferenz teilzunehmen, bis der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung anerkannt ist, in Frankreich stärkeren Eindruck gemacht hat, als man nach außen ausgab. Das Echo des deutschen Entschlusses in der italienischen, aber auch in der angelsächsischen Öffentlichkeit hatte seine Wirkung in Paris nicht verfehlt. Herriot sah sich verpflichtet, einen großen Schlag vorzubereiten, der das schwer bedrohte Ansehen Frankreichs als der „Vormacht“ des europäischen Friedensgedankens wiederherstellen sollte. So kam es zu dem sensationellen Plan, dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung durch Einführung einer kurzfristigen Dienstpflicht mit ebenfalls ganz kurzen Reservierungen für den ganzen europäischen Kontinent Genüge zu tun. Die bestehenden Berufsheere sollten danach aufgelöst werden, aber für die Ausbildung der im Milizsystem dienenden Rekruten sollten von den aufgelösten Berufsheeren die notwendigen Kadern übernommen werden. Es versteht sich von selbst, daß alle diese Bestimmungen sich praktisch nur auf Deutschland beziehen können. Die Bedeutung des Herriotplanes liegt darin, daß Frankreich von sich aus einen ersten Vorstoß gegen das im Versailles Diktat und auferlegte Berufsheer unternimmt, in dem es merkwürdigerweise nunmehr eine Bedrohung des Friedens sieht. Weiterhin will damit Frankreich augenscheinlich der deutschen Gleichberechtigungsforderung wenigstens unausgesprochen ein theoretisches Verständnis beweisen und sich so aus den ablichen Prestigegegründen um eine ausdrückliche Anerkennung drücken. Herriot hofft vor allem, daß es gelingt, Deutschland auf diese Weise wieder an den Genfer Verhandlungstisch zu bekommen. In seinen Erklärungen ist auch bereits ein Angebot zu Verhandlungen enthalten, und augenscheinlich rechnet Herriot damit, daß Deutschland nunmehr zu solchen Verhandlungen bereit sein wird, weil man ja Deutschland die Möglichkeit gegeben hat — wie es in der Sprache der Diplomaten heißt — sein Gesicht zu wahren. Die deutsche offizielle Erklärung stellt auch bereit sei, daß zum ersten Male ein französischer Ministerpräsident den Standpunkt verläßt, daß der Versailles Vertrag unantastbar sei und daß vor allem sein Teil 5 unter allen Umständen unberührt bleiben müsse. Er berücksichtigt die Bedürfnisse und Gesichtspunkte anderer Länder in höherem Maße, als dies französische Pläne bisher getan haben. Das Angebot des französischen Ministerpräsidenten bietet vielleicht die Möglichkeit, sich zu verständigen, wenigstens könnte eine Erörterung über seine Pläne begonnen werden, der Deutschland nicht aus dem Wege gehen wird. Man kann dieser halbamtlichen deutschen Auffassung im wesentlichen wohl zustimmen. Zweifellos können wir uns darauf berufen, daß die Abkehr Deutschlands von Genf uns zu einem großen moralischen Erfolg verholfen hat, den wir nicht zugunsten Frankreichs dadurch aufs Spiel setzen wollen, daß wir Verhandlungen auf einer Grundlage ausweichen, die eine wenn auch unzulässliche Abkehr Frankreichs vom Versailles Diktat bedeutet. Frankreich würde es sonst sehr geschickt verstehen, und auch bei den uns aufgesonnenen Kreisen anderer Staaten ins Unrecht zu setzen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß das der Hintergedanke des Herriotvorschlages ist. Aber wir haben keinen Grund, dem französischen Ministerpräsidenten dieses Spiel zu erleichtern.

Vor allem müssen wir uns vor Aufnahme der Verhandlungen klar darüber sein, mit wievielen Unzulänglichkeiten Hindernissen, ja sogar Fallen für eine wirkliche Gleichberechtigung der Herriotplan ausgearbeitet ist. Das System der Miliz bedeutet selbstverständlich ein Verkenntnis zur Landesverteidigung, nicht zum Angriff, und es eröffnet eine Möglichkeit, zu einer qualitativen Abrüstung zu kommen. Aber leider klingt das aus französischem Munde zu schön, um wahr zu sein. Denn in seiner ursprünglichen Reinheit würde dieser Plan für Frankreich zweifellos ein Opfer bedeuten, gerade auch hinsichtlich seiner Stellung

## Die Kommunisten bereiten den Umsturz vor

### Anweisungen an die Bezirksorgane

München, 1. Nov. Die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz veröffentlicht ein „Rundschreiben der Parteileitung des Reichsverbandes der NSDAP.“, das an die Landes-, Bezirks- und Unterbezirksleitungen mit dem Vermerk „streng geheim“ ergangen ist. Das Rundschreiben enthält Anweisungen für kommende Aktionen, die alsbald nach den Wahlen einleiten sollen. Als erster Termin sei vom Reichsverband der 15. November festgesetzt. Die Aktionsausführungen müßten von den Erwerbsslosen ausgehen. Die Mitglieder des Kampfbundes, des Kampfbundes, der Kampfvereine und der Antifa seien fernzubehalten.

### An den Bauhelfern der Volkshäuser, Pflicht- und Kommunalarbeiter seien Streiks zu organisieren.

Der Zweck sei die Polizei zu schwächen. Weiter sollen auf allen größeren Plätzen der Großstädte Demonstrationen durchgeführt werden. Die Mitglieder des NSDAP, der NSD und der Antifa sollen mobilisiert und im entscheidenden Augenblick eingesetzt werden. Die Bewaffnung erfolge, soweit diese Gruppen noch nicht bewaffnet seien, vor Beginn der Aktion. Im Ruhrgebiet würden aus Städten mit größeren Kampfgruppen diese nach anderen Bezirken dirigiert, die zahlenmäßig schwächer seien. Die Kampfgruppen würden in drei Gruppen geteilt: Angriff-, Verteidigungs- und Wachdienst.

### Die Angriffsgruppen hätten, wenn die staatlichen Organe gegen die Erwerbsslosenverbindungen eingeschlagen würden, sofort die Stützpunkte der staatlichen Organe zu besetzen.

Die Verteidigungsgruppe greife die eingeschlagenen Organe an, um sie so lange festzuhalten, bis den Angriffsgruppen die Befehle der Wachen, Kasernen, Vager und Unterkünste gelungen sei. Die Wachdienstgruppe habe sofort bei Beginn der Aktionsausführung die Verkehrsinstitute zu besetzen, und zwar in folgender Reihenfolge: Fernsprechanlagen, Flughäfen, Post und Eisenbahnen, städtische Verwaltungsbauwerke und zuletzt die Banken.

### Wie die NSDAP weiter berichtet, lägen auch schon die ersten „amtlichen Befehlsmaßnahmen“ nach der Revolution im Wortlaut vor. In einem Rundtelegramm an alle Amtsstellen des Reiches, in dem es heißt, daß alle Kommandierungen vom Volksrat der Revolutionsexekutive erließen.

daß die Reichs-, Landes- und Stadtparlamente aufgelöst und alle politischen Versammlungen bei Todesstrafe verboten seien.

Eine andere Verordnung bestimme, daß, wer die Grenze zu überschreiten versuche, handrechtlich erschossen werde. Handrechtlich werde auch erschossen, wer Streit, wer Streit oder politische Kundgebungen veranlasse oder an ihnen teilnehme usw. Alles Wargeid sei beschlagnahmt. Die revolutionäre Pressepresse präse den Inhalt aller Zeitungen und Druckchriften. Die Polizeistunde sei auf 8 Uhr abends festgelegt.

### Bereitungen für den Wahlsonntag

#### Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. Nov. In Ergänzung der Maßnahmen für den Wahlsonntag hat der Berliner Polizeipräsident Gebelamungen vor den Wahllokalen verboten. Außerdem darf vor den Wahllokalen von jeder Partei nicht mehr als ein Plakatträger stehen. Am 5. und 6. November tritt das für ganz Preußen erlassene Verbot des Auschankens und Kleinverkaufs von Trinkbranntwein in Kraft. Die erhöhte Alkoholvereife der Berliner Polizei steht am Sonnabendnachmittag ein, und am Sonntag tritt dann die große Alkoholvereife in Kraft, deren Ende erst je nach der Lage festgelegt werden soll.

### Feuerüberfall auf Hitler-Jugend

Hamburg, 1. Nov. Am Dienstagnachmittag gab es in der Gonselstraße drei Kommunisten auf zwei Schüler, die der Hitlerjugend angehören, Schrottschüsse ab. Die Wunden erlitten leichte Verletzungen. Wenige Sekunden später war der Marinesturm der Nationalsozialisten zur Stelle, der die Kommunisten so lange festhielt, bis die Polizei zur Stelle war. Nach den Papieren ergab sich, daß es sich um organisierte auswärtige Kommunisten handelte. Man fand bei ihnen noch mehrere Schrottpatronen. Die Täter wurden verhaftet.

### Mordat eines polnischen Grenzbeamten

Berlin, 1. Nov. In der Nähe des Dorfes Sorowstki an der deutsch-polnischen Grenze wurde der deutsche Arbeiter Popanda von einem polnischen Grenzbeamten erschossen. Popanda hatte sich mit einer Bekannten an der polnischen Grenze verabredet. Er stand dabei etwa 15 Meter von der Grenze entfernt auf polnischem Boden. Als ein polnischer Grenzbeamter herannahte, wollte Popanda auf deutschen Boden zurückkehren, blieb jedoch auf den Schüssen des Polen stehen.

### und hob sogar noch beide Hände hoch.

Der polnische Beamte fragte Popanda, ob er etwas bei sich habe, was dieser verneinte. Darauf gab der Pole auf Popanda einen Schuß ab, der diesen schwer verletzte. Der Pole entfernte sich nun etwas, und Popanda wurde von seinem Vater, der inzwischen von Augenzeugen benachrichtigt worden war, auf deutsches Gebiet geschafft. Kurz darauf erlag der Schwerverletzte seinen Verletzungen.

### Personalveränderungen in der Reichswehr

Berlin, 1. Nov. Das Reichswehrministerium teilt folgende Personalveränderungen in der Reichswehr mit: Oberst mit Wirkung vom 1. November 1932: Im Oberst: Oberstleutnant von Wietersheim (Chef des Stabes der 8. Kavalleriedivision). Zum Generaloberstabsarzt: Generalstabsarzt Dr. Waldmann (Deeresantistatinspektor). Zum Generalstabsarzt: Generalarzt Dr. Welle (Gruppenarzt des Gruppenkommandos 2). Zum Generalarzt: Generaloberarzt Dr. Hauzenreiter (Divisionsarzt der 4. Division).